

Die Sahrauis brauchen endlich Selbstbestimmung

Gunther Hilliges
über die Situation in der Westsahara

Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 16. Dezember 2015, den Handelsvertrag zwischen der Europäischen Union (EU) und Marokko zu kippen, könnte der Anfang eines neuen Kapitels in der festgefahrenen Westsahara-Frage werden. Seit dem Waffenstillstand 1991 mit der Polisario blockiert Marokko alle Bemühungen der Vereinten Nationen (Uno) und der Afrikanischen Union (AU), das versprochene Referendum der Sahrauis über die Zukunft der ehemaligen spanischen Kolonie durchzuführen. Die Uno-Mission Minurso ist dabei die einzige ohne ein Menschenrechtsmandat, das Frankreich im Weltsicherheitsrat

verhindert. Minurso sollte 1992 das Referendum durchführen und wurde bis heute daran gehindert. Die Einbeziehung der Westsahara in das EU-Handelsabkommen durch Marokko hat der EuGH als völkerrechtswidrig anerkannt und ist damit der Klage der Befreiungsbewegung Polisario gefolgt. Dies wird sich auch auf das seit Jahren umstrittene Fischereiabkommen auswirken müssen.

Auch in den neuesten deutsch-marokkanischen Freundschaftsdokumenten fehlt jede Kritik an der Besetzung der rohstoffreichen Westsahara. In diesem Monat hat eine kleine Delegation des Bundestages die Flüchtlingslager der Sahrauis im Südwesten Algeriens nahe Tindouf besucht. Nach verheerenden Regenfällen, die mehr als die Hälfte der luftgetrockneten Lehmziegel-Hütten zerstört hatten, berichteten die Abgeordneten über die unmenschlichen Lebensbedingungen der 150 000

Flüchtlinge. 24 Jahre des vergeblichen Wartens auf das von der Uno versprochene Referendum haben zu wachsender Frustration und Unruhe geführt. Wer bei uns in Marokko nur einen Stabilitätsanker in der Region sieht, wagt nicht den Blick auf dieses Pulverfass.

Seit 1977 unterstützen Senat und Bürgerschaft Projekte in den Lagern und setzen sich für das Referendum ein. 2013 vergab der Senat den Bremer Solidaritätspreis an die Menschenrechtsaktivistin Aminatou Haidar aus der Westsahara. Im Februar wird die Bürgerschaft einen Antrag zum Referendum beraten, der bereits im Netz steht und von fast allen Fraktionen unterschrieben wurde. Eine öffentliche Veranstaltung wird im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft am 26. Februar aus Anlass der Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara vor 40 Jahren, die von mehr 70 Staaten anerkannt wird, statt-

finden. Auch der Botschafter Namibias hat sein Kommen zugesagt und wird dazu Stellung nehmen, dass die Länder Afrikas die Besetzung der Westsahara verurteilen und das Europäische Parlament aufgefordert haben, diesen Bruch des Völkerrechts nicht länger zu dulden oder gar zu unterstützen. Marokko trat deshalb aus der AU aus – und ist heute in Afrika isoliert.



Unser Gastautor

war Senatsrat in Bremen und viele Jahre lang Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit. Jetzt ist der Sozialdemokrat als Buchautor und Vortragsredner aktiv sowie in zahlreichen internationalen Projekten engagiert.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.